



---

## **Ausschuß für Innere Verwaltung**

41. Sitzung (nicht öffentlich)

29. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde**

**hier: Demonstration anlässlich der NPD-Kundgebung am 24.10.1998 in Bonn - Massive Eingriffe von Landtagsabgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN des Landtags Nordrhein-Westfalen**

1

- Bericht eines Mitarbeiters des Ministeriums für Inneres und Justiz
- Diskussion

Der Vorsitzende teilt mit, er werde das Thema gemäß Rücksprache mit dem Minister in die Tagesordnung für die Sitzung des Ausschusses am 12. November aufnehmen.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Einzelplan 03 - Bereich Inneres -

Vorlagen 12/2213 und 12/2265

Zuschriften 12/2108, 12/2154, 12/2178, 12/2278, 12/2200, 12/2279, 12/2321  
und 12/2344

7

- Kurze Mitteilung des Vorsitzenden über die Terminplanung

**3 Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3186

Vorlage 12/2210

8

Der Ausschuß verständigt sich darauf, zu diesem Thema am 26. November ab 10 Uhr eine Anhörung durchzuführen. Die Namen der von den Fraktionen gewünschten Sachverständigen sollen dem Ausschußassistenten bis zum Dienstag, dem 3. November, mitgeteilt werden.

Einstimmig billigt der Ausschuß dann den vom Vorsitzenden eingebrachten Änderungsantrag betreffend den vorliegenden Gesetzentwurf. Danach soll der Text von Seite 16 der Drucksache unter 1.3 von "sowie für die Ämter, die" bis "sind.", dem letzten Wort unter dem Buchstaben "b)", nach Seite 17, angefügt an den Text von Absatz 8, umgesetzt werden.

**4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen  
(Verdachtsunabhängige Kontrollen)**

Drucksache 12/3278

9

Der Ausschuß beschließt, zu diesem Thema in der ersten Sitzung des Innenausschusses nach der Jahreswende ein Fachgespräch durchzuführen.

Der Vorsitzende bittet darum, die Namen der Sachverständigen bis Mitte nächsten Monats an den Ausschußassistenten weiterzuleiten.

**5 Bericht der Projektgruppe Personal-/Organisationsentwicklung und Führung in der Polizei Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 12/2274

10

- Bericht des Staatssekretärs
- Stellungnahmen eines Vertreters der Fraktion der CDU und der SPD

Der Ausschuß verständigt sich mit dem Minister auf einen ersten Zwischenbericht in der Januar-Sitzung des Ausschusses.

**6 Stand der Umstrukturierung der Hubschrauberstaffel des Landes Nordrhein-Westfalen (s. APr 12/947, S. 1)**

Vorlage 12/2320

12

- Kurze Diskussion

**7 Einführung der Leistungsprämie im Bereich der Polizei**

13

- Kurze Diskussion

**8 Zukunft der Polizeiausbildungsinstitute**

13

- Bericht des Staatssekretärs
- Kurze Diskussion

**9 Nutzung der Möglichkeiten der IT-Verfahren bzw. der IuK-Technik im Geschäftsbereich Inneres und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz**

15

Aufgrund der Mitteilung des Staatssekretärs, ein etwa 25seitiger Bericht zu diesem Thema befinde sich auf dem Weg an den Landtag, verständigt sich der Ausschuß auf den Vorschlag des Heinz Paus (CDU), diesen Punkt zu vertagen.

**10 Möglichkeiten und Planungen zur Privatisierung im Bereich der Polizei bzw. polizeilicher Aufgaben**

15

- Bericht des Ministers für Inneres und Justiz

**11 Konkretisierung der Antwort der Landesregierung - Drucksache 12/3344 - auf die Kleine Anfrage - Drucksache 12/3233 - betreffend *Einsatz der Mittel für den Bereich der Prävention von Straftaten***

16

- Stellungnahme des Staatssekretärs

Für die CDU-Fraktion bittet Heinz Paus darum, schriftlich mitzuteilen, wie sich der zentrale Einsatz der Präventionsmittel durch die Landesregierung darstelle, allerdings ohne behördenscharfe Abgrenzung.

**12 Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen**

hier: Benennung eines Mitgliedes des Beirats gemäß § 9 Abs. 2 der Härterichtlinien

Vorlage 12/2209

17

Die CDU-Fraktion benennt Theodor Kruse als stellvertretendes Mitglied für die aus dem Gremium ausscheidende Abgeordnete Maria-Theresia Opladen.

Was die Nachfolge für das von der SPD-Fraktion benannte, vom Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte vorgeschlagene Beiratsmitglied Herbert Küpper anbelangt, will Jürgen Jentsch (SPD) mit dem genannten Bundesverband Kontakt aufnehmen, um zu erfahren, wen dieser als Nachfolger für Herrn Küpper vorschlägt.

**13 Reise einer Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung nach Frankreich**

Benennung der Teilnehmer und Festlegung des Reiseterrmins

17

Der Vorsitzende nennt als Termin, auf den sich die Fraktionen geeinigt hätten, den 18. bis 23. April nächsten Jahres.

Außerdem bittet der Vorsitzende darum, dem Ausschußassistenten die Namen der Mitreisenden so rechtzeitig mitzuteilen, daß dieser die notwendigen Schritte, unter anderem beim Auswärtigen Amt und den diplomatischen Vertretungen, noch vor Weihnachten einleiten könne.

\*\*\*\*\*



### 3 Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3186

Vorlage 12/2210

**Jürgen Jentsch (SPD)** kündigt an, der für das Inkrafttreten des Gesetzes anvisierte Termin Ende 1998 werde sich nicht halten lassen. Wahrscheinlich würden sich die Beratungen bis März nächsten Jahres hinziehen. Denn seine Fraktion halte vor der abschließenden Erörterung die Durchführung einer Anhörung für erforderlich und schlage dafür den 26. November, 10 Uhr, vor. Als Sachverständige würde seine Fraktion den Deutschen Richterbund, die drei kommunalen Spitzenverbände mit einer gemeinsamen Stellungnahme, den DGB, die ÖTV und den Deutschen Beamtenbund sowie einen Professor benennen.

**Heinz Paus (CDU)** erklärt sich einverstanden und bittet, in den Kreis der Einzuladenden noch jemanden aufzunehmen, der sich in dieser Sache an den Ausschuß gewandt habe, und außerdem die kommunalen Arbeitgeber zu berücksichtigen.

Den Staatssekretär bitte er, den Ausschuß im Vorfeld des Hearings schriftlich dezidiert über den Stand der Umsetzung der Dienstrechtsreform zu unterrichten, und zwar in Fortführung der vor Einbringung des Achten Dienstrechtsänderungsgesetzes vom Ministerium gefertigten Auflistung: auf Bundesebene Beschlossenes, dem Landesgesetzgeber gewährte Spielräume, vom Landesgesetzgeber genutzte Spielräume.

Auskunft wünscht Herr Paus, ob die derzeitige Bundesgesetzgebung es erlaube, das Inkrafttreten des Neunten Dienstrechtsänderungsgesetzes bis zum Frühjahr nächsten Jahres zu verschieben, und inwieweit von der jetzigen Bundesregierung darüber hinaus Änderungen der Dienstrechtsvorschriften zu erwarten seien.

Seines Wissens plane die Bundesregierung keine weiteren Novellierungen des Dienstrechts, teilt **StS Riotte (MLJ)** mit.

Bei den im Neunten Dienstrechtsänderungsgesetz enthaltenen Vorschriften handele es sich allesamt um solche, bei denen der Bundesgesetzgeber es den Ländern überlassen habe, davon Gebrauch zu machen oder nicht, als da seien: die Vergabe von Führungsfunktionen auf Zeit oder auf Probe, die Einstellungsteilzeit, die Änderung des Nebentätigkeitsrechts. Daraus folge, daß bundesgesetzliche Fristen nicht existierten.

**Brigitte Herrmann** begrüßt für die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** die Durchführung der Anhörung und benennt ihrerseits zwei Wissenschaftler: Professor Günther Frankenberg und Professor Dr. Erhart Denninger.

Der **Vorsitzende** fordert die Fraktionen auf, bis spätestens Dienstag der kommenden Woche dem Ausschußassistenten kundzutun, wer eingeladen werden solle.

Abschließend bittet der **Vorsitzende**, über eine notwendige redaktionelle Änderung in dem Gesetzentwurf Drucksache 12/3186 abzustimmen. Auf Seite 16 der Drucksache heiße es unter 1.3 "sowie für die Ämter, die", denen unter den Buchstaben "a)" und "b)" weitere Ausführungen folgten. Der Text von "sowie" bis "sind." gehöre auf die folgende Seite 17, angefügt an den Text von Absatz 8.

Dieser Änderungsantrag wird einstimmig von allen Fraktionen beschlossen.

**4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Verdachtsunabhängige Kontrollen)**

Drucksache 12/3278

Die **CDU-Fraktion** hält es nach den Worten von **Heinz Paus** für sinnvoll, zu diesem Thema ein Fachgespräch anzuberaumen und die Polizeiabteilungsleiter der Länder Bayern und Baden-Württemberg, die über das Instrument verdachtsunabhängiger Kontrollen verfügten, einzuladen, und zwar zur ersten Sitzung des Innenausschusses nach der Jahreswende.

**Hans-Peter Meinecke** für die **SPD-Fraktion** und **Roland Appel** für die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden und werden Sachverständige benennen.

Der **Vorsitzende** bittet darum, die Namen der Sachverständigen mögen bis Mitte nächsten Monats an den Ausschußassistenten weitergeleitet werden.

Der **Ausschuß** beschließt, zu diesem Thema in der ersten Sitzung des Innenausschusses nach der Jahreswende ein Fachgespräch durchzuführen.